

**Stellungnahme
zu den Unterlagen der Bauleitplanungsunterlagen
der Electrabel Steinkohlekraftwerk Brunsbüttel
vom 14. Oktober 2008**

Vorbemerkungen

Durch die Wählerinitiative für reelle Politik wurde am 23.10. 2008 der Vorhabens bezogene Bebauungsplan der Planungsgesellschaft mbH -NWP -Gesellschaft für räumliche Planung und Forschung vom 14.10.2008 zur Verfügung gestellt. Da die Unterlagen zur Bauausschusssitzung am 28.10.2008 wieder an die W.I.R. zurückgegeben werden mussten, war die Zeit zur Prüfung der Unterlagen sehr kurz. Aus diesem Grund wurde sich in dieser Stellungnahme im Wesentlichen auf die Punkte beschränkt, die in anderen, nach der 4. BImSchV genehmigungspflichtigen Bauvorhaben zwischen den Antragstellern und den Einwendern Gegenstand der Diskussion sind.

Wie die Unterlagen zum Vorhabensbezogenen Bebauungsplan im Gesamtverfahren zur Genehmigung der Anlage einzuordnen sind, blieb in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit unklar.

Auf Aspekte des Schutzes von Flora und Fauna wurde in dieser Stellungnahme nicht eingegangen und bleiben damit unberücksichtigt.

Stadt Brunsbüttel- Vorhabensbezogener B-Plan Nr. 55 "Kohlekraftwerk nördlich des Eibehafens -Begründung mit Umweltbericht

Kap. 5.3. Maß der baulichen Nutzung

Die NWP führt in den Antragsunterlagen aus, dass "als Maß der baulichen Nutzung eine Grundflächenzahl (GRZ) von 1,0" angestrebt wird, "was bedeutet, dass 100% der überbaubaren Flächen des Plangebietes überbaut werden können. Damit wird die in § 17 (1) BauNVO zulässige Obergrenze des Maßes der baulichen Nutzung für Industriegebiete (GI) der GRZ von 0,8 überschritten."

Die NWP führt hierzu aus, das nach § 17 (2) BauNVO (Baunutzungsverordnung) eine Überschreitung zulässig ist: NWP favorisiert eine solch dichte Nutzung des Geländes, da

- diese "kompakte und dichte Nutzung der Fläche ... insbesondere durch die Prozesszusammenhänge erforderlich" ist
- Freiflächen nicht unnötig genutzt werden, da diese Bereiche innerhalb des Kraftwerkstandortes keine ökologische Bedeutung aufweisen.
- die hohe Ausnutzung der Flächen wird eine weitere Beanspruchung von Flächen vermieden, die dann für eventuelle Kraftwerkserweiterungen (z.B. CO₂-Abscheidung) zur Verfügung stehen.
- dieser wirtschaftliche Gebrauch in den beiden Teilbereichen auch zur Verringerung von Flächen aus dem Außenbereich für die weitere gewerbliche Entwicklung.

Anmerkung:

Anders als durch die NWP dargestellt, führt eine dichtere Bebauung nicht zu einer Entlastung der Nutzung freier Flächen, sondern zu einer weiteren Intensivierung der Flächennutzung über das von dem Gesetzgeber anvisierte Maß hinaus, da die im Industriegebiet ausgewiesenen Flächen insgesamt intensiver genutzt werden. Eine Entlastung anderer Flächen ist nicht zu erwarten, da

diese, wie NWP selbst schreibt für Anlagen zur CO₂-Abscheidung oder andere industrielle Nutzungen zur Verfügung stehen sollen.

Darüber hinaus sieht die BauNVO, § 17 (2), Satz 2 vor, dass "Überschreitungen durch Umstände ausgeglichen sind oder durch Maßnahmen ausgeglichen werden, durch die sichergestellt ist, dass die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse nicht beeinträchtigt, nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt vermieden und die Bedürfnisse des Verkehrs befriedigt werden."

Da die Verdichtung der Bebauung aber durch den Antragsteller nicht ausgeglichen wird, ist eine Erhöhung der Grundflächenzahl von 0,8 auf 1 nicht zulässig. Die lapidare Behauptung, dass Freiflächen "innerhalb des Kraftwerkstandortes keine ökologische Bedeutung" haben ist nicht ausreichend. Die Ausgleichsmaßnahmen in der "Burger Au" stehen nicht in Zusammenhang mit der dichteren Bebauung des Geländes, sind auch in der Zusammenstellung des Kompensationsbedarf (siehe Seite 87) nicht aufgeführt und dürfen daher nicht geltend gemacht werden.

Durch die dichtere Bebauung wird darüber hinaus ein Präzedenzfall geschaffen. Wenn auch die weiteren Flächen des Industriegebietes mit einer GRZ von 1 bebaut werden können, kann von einer Entlastung Flächenverbrauch und Umweltbelastung nicht gesprochen werden. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall, auch wenn im Weiteren mit einer GRZ von 0,8 gebaut wird.

Kap. 5.5 Höhe baulicher Anlagen

Insbesondere die Höhe von Schornsteinen, wie er auch für das Kohlekraftwerk benötigt wird, ist Gegenstand größerer Auseinandersetzungen im Rahmen von Erörterungsverfahren. Ob die angegebene maximale Höhe des Schornstein mit 180 m ausreichend ist, hängt von einer Vielzahl von Faktoren (Temperatur der Abgase, Innendurchmesser, Abgasvolumenstrom u.a.) zusammen. Die verschiedenen Parameter sind in den Planungsunterlagen unter anderem als Teilwerte der verschiedenen Parameter (z.B. Emissionsmassenstrom in 24 Einzelwerten) angegeben. In der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit, war eine Auswertung nicht möglich. Aus diesem Grunde kann zur Schornsteinhöhen keine Einschätzung abgegeben werden. Ob die Höhen der anderen Betriebsgebäude den Planungsvorgaben entsprechen ist ungeprüft geblieben.

Kap. 6.3.1 Raumordenrische Belange

In den Unterlagen wird ausgeführt, dass die Behörde darauf hinweist das ggf. für die oberirdisch verlaufende 380kV-Anschlussleitung ein Raumordnungsverfahren durchgeführt werden muss um Auswirkungen des Vorhabens auf das Vogelschutzgebiet "Vorland St. Margarethen" auszuschließen. NWP schreibt zu diesem Punkt, dass dieses nun nicht mehr notwendig ist, da die Freileitung durch eine Erdleitung ersetzt worden ist.

Anmerkung:

Unklar bleibt in diesem Fall, ob durch den Bau der Erdleitung nicht doch oben genanntes Vogelsschutzgebiet betroffen ist.

Kap. 6.3.2.3. Berücksichtigung Immissionsschutz, bedeutsame Abstände zwischen Industrie- bzw. Gewerbegebieten und Wohnbebauung

In den Bauunterlagen wird durch NWP ausgeführt, dass der vorgeschriebene Abstand zu anderen Nutzungen von 1500 m nicht eingehalten wird, trotzdem aber mit den Grundsätzen des Immissionsschutzes vereinbar ist, da im Tagesmittel im Durchschnitt

- bei Lärm die maßgeblichen Immissionsrichtwerte an allen Immissionsorten jeweils um mindestens 6 dB(A) unterschritten werden.
- für NO_x ein Reingaswert im Tagesmittel von 80 mg / m³ i. N.
- für SO₂ ein Reingaswert im Tagesmittel von 70 mg / m³ i. N.
- für Staub ein Reingaswert im Tagesmittel von 10 mg / m³ i. N.

erreicht werden und damit die Vorgaben der 13. BImSchV eingehalten werden. Darüber hinaus wird erwähnt, dass niedrigere Grenzwerte beantragt werden, wobei die konkrete Höhe dieser Werte nebulös bleibt.

Anmerkung:

Bei den in der 13. BImSchV angegebenen Grenzwerten handelt es sich um Angaben zu den maximalen Emissionen (Tagesmittelwerte), die eine solche Anlage in die Umwelt abgeben darf. Die realen durchschnittlichen Emissionen liegen also stets unter den gesetzlichen Grenzwerten, zumal dies auch auf Grund des Minimierungsgebotes angezeigt ist.

Bei den von PWN angegeben durchschnittlichen Tagesmittelwerten ist nicht erkenntlich, dass hier in Vergleich zu anderen, ähnlichen Anlagen besondere Anstrengungen unternommen wurden die Emissionen zu minimieren, so dass ein Unterschreitung der Mindestabstände akzeptierbar wäre. Ein solcher Nachweis wäre aber unbedingt erforderlich da die Unterschreitung der Bausabstände erheblich ist.

Kap. 6.3.5 Verkehr

In Absatz 7 wird erwähnt, dass während der 3-4 jährigen Bauphase der Verkehr deutlich zunehmen wird, da u. a. ein Containerdorf eine temporäre Kreuzung und ggf. eine Lichtzeichenanlage errichtet werden muss.

Anmerkung

Unklar ist, warum diese baubegleitenden Maßnahmen auf Flächen außerhalb des Industriegebietes angesiedelt werden müssen. Auf dem Areal stehen doch ausreichend ungenutzte Flächen zur Verfügung.

Kap. 6.3.6 Ver- und Entsorgung

In Absatz 7, Abwasser, wird von NWP beschrieben, dass das Regenwasser zusammen mit dem Kühlwasser zusammen in dem Kraftschlussbecken gesammelt und gemeinsam in die Eibe geleitet werden soll.

Anmerkung:

Das auf industriellen Flächen anfallende Niederschlagswasser kann Schadstoffbelastungen aufweisen, die dazu führen, dass dieses ungeeignet für die Einleitung in Oberflächengewässer ist. Die Sammlung des Regenwassers zusammen mit dem Kühlwasser würde daher eine unzulässige Vermischung bedeuten. Daher sollte die Erfassung des Regenwassers separat erfolgen und dieses nur bei erwiesener Schadstofffreiheit in die Eibe geleitet werden dürfen.

Ferner bleibt in den Unterlagen unklar wie ggf. anfallendes Löschwasser von Niederschlagswasser getrennt werden soll.

Vorgaben- und Erschließungsplan - Projektbeschreibung

Kap.: Lage im Stadtgebiet

In diesem Kapitel wird erläutert warum Electrabel den Standort ausgewählt hat. In diesem Kapitel werden

- die vorhandene Hafeninfrastruktur
- die Eibe als Durchlaufkühlung
- die vorhandenen Bahnanschlüsse u.a

genannt

Anmerkung:

Das an dem Standort jedoch keine Wärme ausgekoppelt werden kann, ist ein schwerwiegender Schwachpunkt hinter dem die günstige verkehrstechnische Anbindung u.a. Aspekte der Beurteilung, hinsichtlich Güte des Standortes, deutlich zurücktreten. Da die Auskopplung von Wärme nicht möglich ist, ist der Gesamtwirkungsgrad der Anlage deutlich zu gering. Brunsbüttel ist somit kein günstiger Standort für ein Kohlekraftwerk dieser Art.

Hamburg, den 26.10. 2007

Dr. Ingo Drachenberg